



Presseinformation

Berlin, den 16. Juni 2023

Familienunternehmen schlagen Pakt zur Stärkung des Standorts vor Mehr als 300 Gesellschafterinnen und Gesellschafter kommen beim Tag des deutschen Familienunternehmens 2023 zusammen – „Wir brauchen eine neue politische Agenda“

Die Familienunternehmen in Deutschland halten wachstumsfördernde Maßnahmen für notwendig, um auf die schwierige Wirtschaftslage zu reagieren. Auf dem Tag des deutschen Familienunternehmens 2023 in Berlin haben sich die Familienunternehmen für einen Pakt zur Stärkung des Standorts ausgesprochen. „Wir benötigen keine Konjunkturpakete“, sagte Prof. Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik. Notwendig sei eine Agenda für Wettbewerbsfähigkeit, damit Deutschland ökonomisch nicht weiter an Boden verliere. Diese solle einen Regulierungsstopp, schnellere Visaverfahren für ausländische Fachkräfte und eine Unternehmenssteuerreform in mehreren Stufen beinhalten. Für die ökologische Transformation müsse der Staat Genehmigungszeiten verkürzen. Wichtig seien jetzt Investitionsanreize. „Die Bundesregierung hat den Ernst der Lage noch nicht erkannt“, sagte Kirchdörfer. Bisher fehlten Antworten, wie Deutschland die wirtschaftliche Schwäche überwindet.

Am Tag des deutschen Familienunternehmens 2023 nehmen mehr als 300 Gesellschafterinnen und Gesellschafter großer Familienunternehmen teil. Im Mittelpunkt stehen Fragen, wie Deutschland aus der Rezession findet und erfolgreiche Industrienation bleibt. Über diese und andere Fragen diskutieren die Familienunternehmen unter anderem mit Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt, Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck, Bundesfinanzminister Christian Lindner und Dr. Carsten Linnemann, Vorsitzender der CDU-Grundsatzkommission. Anthony Luzzatto Gardner, früherer US-Botschafter in Brüssel, gibt Einblicke in die Wirtschaftspolitik der US-Regierung.

Kirchdörfer machte deutlich, dass wirtschaftspolitische Verbesserungen ohne Geld und neue Schulden möglich seien. Er berichtete von den Erfahrungen eines großen deutschen Familienunternehmens mit weltweit 20.000 Lieferanten. Allein durch das deutsche Lieferkettengesetz sind diesem Unternehmen Kosten von zwei Millionen Euro entstanden. Die EU plane mit der Lieferkettenrichtlinie weitere Verschärfungen, was dazu führen werde, dass weniger Handel mit Schwellen- und Entwicklungsländern stattfindet. Kirchdörfer sagte, der französische Präsident Emmanuel Macron habe Recht, wenn er eine Regulierungspause in Europa fordert. Alle neuen administrativen Belastungen müssten unterbleiben. Viele Unternehmen sprächen inzwischen von einem „Bürokratie-Wahnsinn“, der aus Brüssel komme.

Aus Sicht der Stiftung greift die Diskussion um die Aufstellung eines verfassungsgemäßen Haushalts zu kurz. Die Einhaltung der Schuldenbremse sei richtig, sagte Kirchdörfer. Doch das reiche nicht. Es komme darauf an, Investitionen in die Infrastruktur nicht zu vernachlässigen. Der beste Weg dafür seien verbesserte Investitionsbedingungen. „Nur wenn wir die Weichen für mehr Wachstum stellen, erhält der Staat die notwendigen Einnahmen, um zum Beispiel mehr für Bildung zu tun.“ Deutschland sei Höchststeuerland. Wenn ständig über höhere Steuern und Abgaben gesprochen werde, ermutige



das nicht, sondern vertreibe die Unternehmen und mache es auch für die nachfolgende Generation weniger attraktiv, in Deutschland zu investieren.

Die **Stiftung Familienunternehmen und Politik** unterstützt Familienunternehmen bei der politischen Interessenvertretung in vielfältiger Weise. Ihre Rahmenbedingungen unterliegen einem starken Wandel wie nie zuvor. Die Globalisierung, der Fachkräftemangel, die digitale Transformation, die Sicherheit von Personen und Unternehmen, die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit sowie die politischen Rahmenbedingungen sind nur einige Herausforderungen.

Weitere Informationen:

Roland Pichler

Leiter Haus des Familienunternehmens

Stiftung Familienunternehmen und Politik
Pariser Platz 6A
10117 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 22 60 529 15

Fax: +49 (0) 30 / 22 60 529 29

Mobil: +49 (0) 151 / 644 116 37

pichler@familienunternehmen-politik.de

www.familienunternehmen-politik.de